



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

24. Sitzung (öffentlich)

8. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentation

Verhandlungspunkte:

Gute Energiepreise – gute Industrie: Industriestrom muss wieder bezahlbar werden!

3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4572

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Gute Energiepreise – gute Industrie: Industriestrom muss wieder bezahlbar werden!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4572

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zur alleinigen Beratung am 14.06.2023)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich wünsche einen herzlichen guten Morgen! Herzlich willkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit möchte ich die Sitzung eröffnen und Sie alle zu der ersten von zwei Anhörungen an diesem Tag begrüßen. Besonders begrüßen möchte ich die drei Herren Sachverständigen, die heute bei uns sind, um mit uns diese Anhörung durchzuführen, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Medienvertreter und die sonstigen Zuhörerinnen und Zuhörer im Raum und bei der Videozuschaltung bzw. im Livestream. Ich weise auch heute darauf hin, dass Ton-, Bild- und Filmaufnahmen während der Sitzung untersagt sind, die Sitzung aber, wie bei jeder Anhörung üblich, im Livestream übertragen wird.

Ihnen allen ist die Tagesordnung unter E 18/443 vom 01.09.2023 zugegangen. Ich gehe davon aus, dass es bei dieser Tagesordnung, wie mit den Obleuten besprochen, bleibt. – Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion der AfD wurde durch Plenarbeschluss vom 14. Juni 2023 zur alleinigen Beratung an unseren Ausschuss überwiesen. Wir haben dann in unserer Sitzung am 15. Juni 2023 beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen.

Ich möchte mich im Namen des ganzen Ausschusses schon einmal bei allen Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen und Ihre Anwesenheit heute herzlich bedanken.

Sie finden alle auf Ihren Plätzen eine Übersicht, mit deren Hilfe Sie die Stellungnahmen den Sachverständigen bzw. den Institutionen zuordnen können. Zudem sind im Eingangsbereich Überstücke der Stellungnahmen ausgelegt.

Aus zeitlichen Gründen – das ist so üblich, das machen wir in jeder Anhörung so – ist auch heute nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in einem Eingangsstatement mündlich zusammenfassen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die Abgeordneten die schriftlichen Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und nunmehr Fragen an die Sachverständigen richten werden, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen. Dabei gehen wir in unserem Ausschuss immer so vor – auch heute –, dass zunächst in einer ersten Runde jede Fraktion eine Frage an einen Sachverständigen richtet und dann die angesprochenen Personen in einer ersten Antwortrunde darauf antworten. Ich bitte Sie, sich für die Beantwortung auf drei Minuten zu beschränken. Sobald die Zeit ausgeschöpft ist, werde ich darauf hinweisen. Anschließend folgt die nächste Fragerunde.

In diesem Turnus gehen wir weiter vor, solange wir Zeit haben oder bis es keine weiteren Fragen mehr gibt.

Dann starte ich mit der Anhörung. Als erste Fraktion bitte ich die Fraktion der AfD als antragstellende Fraktion, eine Frage zu stellen. Anschließend folgen die anderen Fraktionen nach ihrer Größe. Das Wort hat Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke auch allen Sachverständigen für die Gutachten und dass Sie sich heute hier zur Verfügung stellen.

Meine erste Frage geht an Herrn Mock von Fortschritt in Freiheit. Der Experte der Gewerkschaft schrieb in seiner Stellungnahme sinngemäß, dass die AfD zwar korrekt die Preisentwicklung an der Börse wiedergegeben habe, aber die Unternehmen ihren Strom nicht an der Börse, sondern über langfristige Verträge mit den Energieerzeugern kaufen würden. Das liest sich fast so, als wenn die Börsenpreise und die Preise der langfristigen Verträge nichts miteinander zu tun hätten.

Nun meine Frage an Sie, Herr Mock: In welcher Form beeinflussen die Börsenpreise die Strompreise der Industrieunternehmen, und in welcher Form spielen da die Treiber CO₂-Kosten sowie die Preise für Braunkohle, Gas und Kohle eine Rolle?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Auch wir bedanken uns für die eingegangenen Stellungnahmen und dass Sie uns heute als Sachverständige zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage geht an Herrn Trennhaus. Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme die internationale Wettbewerbssituation der Chemieindustrie und insbesondere die hohen Strompreise. Könnten Sie ausführen, wie die Situation in der Chemieindustrie gerade ist, inwieweit die hohen Strom- und Energiepreise in Deutschland ein Merkmal sind und inwiefern die anderen Voraussetzungen dazu beitragen, dass es gerade sehr schwierig ist?

Alexander Vogt (SPD): Auch von unserer Seite erst einmal vielen Dank für Ihre Teilnahme und die im Vorfeld zugesandten Stellungnahmen.

Ich habe eine Frage an Herrn Trennhaus. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Wochen ein Konzept zu einem Brückenstrompreis vorgelegt – eine Deckelung auf 5 Cent pro Kilowattstunde –, gekoppelt an Standortgarantien, Tarifbindung und tarifähnliche Bezahlung. Sie hat den Empfängerkreis breiter ausgeweitet nicht nur rein auf Industrieunternehmen, sondern auch auf energieintensive Industrien im Bereich Mittelstand, kleine und mittelständische Unternehmen, sowie auf Unternehmen, die für die Transformation oder Energiewende Leistungen erbringen.

Daher würde mich interessieren, wie Sie diese Vorschläge bewerten, weil es gibt durchaus Unterschiede unter dem großen Begriff „Industriestrompreis“. Ich hätte von Ihnen gerne eine Einschätzung, inwieweit dieser Brückenstrompreis insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen relevant ist.

Jan Matzoll (GRÜNE): Meine Frage geht auch an Herrn Trennhaus. Sie gehen in Ihrer Stellungnahme darauf ein, dass die Investitionsbereitschaft ohne einen Brückenstrompreis, ohne Absenkung der Energiekosten nicht vorhanden oder nicht möglich ist. Mich würde aber im Umkehrschluss interessieren, wie aus Ihrer Sicht mit einem Brückensstrompreis sichergestellt werden kann, dass entsprechende Ersparnisse, die man erzielt, und Wettbewerbsfähigkeit, die man erzeugt, dann tatsächlich in Transformation investiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit im Laufe der Transformation aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Herren! Vielen Dank, für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

Ich möchte meine Frage an Herrn Jonas von der IHK NRW richten. Herr Jonas, ich hätte gerne gewusst, wie sich die aktuelle energiepolitische Lage für Industrie und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen darstellt.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann rufe ich jetzt die Sachverständigen der Reihe nach auf, um antworten zu können. Das wäre zunächst Herr Mock.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Industriestrompreis für die Industrie kommen muss. Da ich 25 Jahre lang in der energieintensiven Industrie selbst tätig war, war ich bereit, mich ausnahmsweise als Sachverständiger zur Verfügung zu stellen, um aus der Praxis zu berichten.

Ich darf darauf hinweisen, dass gerade die Aluminiumhütten geschlossen werden. Insbesondere durch den vorgezogenen Kohleausstieg ist ein unglaublicher Druck auf diese Preise entstanden. Die Aluminiumhütte in Neuss hier vor der Tür macht im Oktober komplett zu. Die anderen Aluminiumhütten in NRW befinden sich nur noch auf 25 % des Produktionsniveaus. Das heißt, wir haben eine dramatische Entwicklung, die insbesondere durch einen vorgezogenen Kohleausstieg hervorgerufen worden ist, der in Verbindung mit der MSR (Marktstabilitätsreserve) seit dem Jahr 2019 und dem damit einhergehenden CO₂-Preis zu einem erheblichen Strompreisanstieg geführt hat. Ich war selbst seit dem Jahr 2018 in verschiedenen Ausschüssen, in denen wir uns um einen Industriestrompreis gekümmert und ihn eingefordert haben. Das heißt, wir haben hier eine Diskussion, die schon mehrere Jahre alt ist. Es kann gar kein Zweifel bestehen, dass die gestiegenen Stromkosten entsprechende Folgen haben, die in der aktuellen Diskussion ihren Niederschlag gefunden haben.

Vor dem Hintergrund sind selbstverständlich die gestiegenen Börsenpreise maßgeblich für Stromverträge und Stromangebote an die Unternehmen. Natürlich kann nicht unter dem Börsenpreis angeboten werden, weil wie wollen Sie das als stromverkaufendes Unternehmen verantworten? Sie haben genauso wie die Unternehmen, die Strombedarf haben, als stromverkaufendes Unternehmen gesetzliche und Geschäftsführerpflichten, denen natürlich auch die Erträge unterliegen und bei denen man die vertraglichen Verpflichtungen im Auge haben muss. Das hat zur Folge, dass Sie nicht unter Börsenpreis verkaufen können.

Bei langfristigen Verträgen gelten dann die Futures. Die Futures werden auch an der Börse gehandelt und sind maßgeblich für langfristige Verträge. Wenn Sie sich anschauen, in welche Richtung die Futures, also die Strompreise, in Zukunft gehen, dann sehen Sie sehr deutlich, dass der Strompreis nur eine Richtung hat, nämlich die nach oben. Das gilt sowohl für den Börsenpreis als auch die Grundlage für Verträge mit der Industrie.

Einerseits werden die CO₂-Preise im Strompreis kontinuierlich ansteigen, andererseits werden die Netzentgelte kontinuierlich ansteigen, die dann zusammen den Strompreis mit der Folge bilden werden, dass er nur eine Tendenz hat, nämlich nach oben. Das wirkt sich natürlich auch auf die Stromverträge aus, die die Unternehmen dann abschließen. Das heißt, in der Tat, der Börsenpreis ist die maßgebliche Ausgangsbasis für jegliche Stromverträge mit der Industrie.

Vor dem Hintergrund noch ein Hinweis: Für Unternehmen ist die Perspektive maßgeblich, nämlich die Perspektive, in welche Richtung die Strompreise laufen, um sich danach auszurichten, eventuell Investitionen zu tätigen. Ein Börsenstrompreis, der eine Brücke von vielleicht drei oder fünf Jahren hat, bietet aber kaum eine Perspektive, weil nämlich die CO₂-Preise und die Netzentgelte weiter steigen werden.

Parallel haben wir noch weitere Probleme. Wir haben das Abschmelzen der CO₂-Kompensation. Wir haben den Wegfall des Spitzensteuerausgleichs.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir liegen schon deutlich über den drei Minuten.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich bin schon fertig. – Das heißt, der Börsenstrompreis ist maßgeblich für die Probleme, die aktuell zur Diskussion hinsichtlich des Industriestrompreises führen, der kommen sollte.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Trennhaus ist gleich dreimal angesprochen worden. In diesem Ausschuss haben wir es in dieser Wahlperiode noch nicht erlebt, dass ein Sachverständiger dreimal in einer Runde gefragt wird. Das ist heute vielleicht dadurch verursacht, dass wir so wenige Sachverständige bei uns als Gäste haben. Daher der Hinweis: Sie haben dann natürlich mehr Zeit zu antworten. Es müssen nicht unbedingt neun Minuten sein, aber Sie haben zumindest mehr als drei Minuten.

Martin Trennhaus (Vestolit): Herzlichen Dank für die Einladung. Es bereitet sicherlich eine große Freude, über die Situation berichten zu können.

Ich komme zuerst zur Frage der CDU. Wir hatten sicherlich vor allem beginnend im Sommer letzten Jahres in der chemischen Industrie eine Situation, in der wir einen regelrechten Energiepreisschock hatten und im Tagesgeschäft – das kann ich durchaus aus unserem eigenen Unternehmen berichten – von Tag zu Tag überlegt haben: Was machen wir mit unseren Anlagen? Fahren wir die runter? Müssen wir komplett alles abschalten, weil wir diese Preise einfach nicht mehr bezahlen können? Ich glaube, das sind Situationen, die sich keiner wünscht. Das hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass es eine ganz erhebliche Konjunkturdelle gab, einmal der

Energiepreisschock, aber grundsätzlich natürlich auch die furchtbare Situation in der Ukraine. Beides macht uns in der Industrie sehr zu schaffen, und zwar über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Die energieintensive Industrie, die normalerweise im Upstreambereich tätig ist, ist sicherlich ganz besonders davon betroffen. So haben sich die Strompreise im kurzfristigen Markt wieder deutlich erholt. Allerdings ist es so, dass sie immer noch auf einem Preisniveau sind, das deutlich über dem Level liegt, den wir vor der Ukraine-Krise hatten. Insofern haben wir im Moment das Zusammenreffen von zwei Situationen, einmal nach wie vor hohe Strompreise und zum anderen eine Konjunkturdelle, die zu Absatzbrüchen führt. Beides zusammen führt einfach zu einer kaum tragbaren Situation, die die Industrie wirklich an den Rand des Abgrunds führt.

Das ist auch der Grund, weshalb wir in unserer Stellungnahme betont haben, wir müssen jetzt möglich schnell etwas tun, weil wir sonst nicht wissen, wie es in den nächsten Monaten/Jahren weitergehen kann. Darauf werde ich sicherlich gleich noch bei der Frage von den Kollegen von den Grünen zu sprechen kommen. Wir haben auch die Transformation vor der Brust. Wir wollen transformieren, aber wissen im Moment überhaupt nicht, wie wir das tun sollen, weil wir dafür nicht die Reserven haben. Wir haben im Moment den Absatz nicht. Das alles führt zu einer wirklich sehr, sehr schwierigen Situation.

Dabei darf man auch nie vergessen, die chemische Industrie ist sehr stark miteinander verknüpft, verkettet. Wenn es die Upstreamunternehmen trifft, dann trifft es ebenfalls Downstreamunternehmen, auch wenn die energetisch sicherlich nicht ganz so energieintensiv sind, aber nichtsdestotrotz ist das auch für die Downstreamunternehmen eine sehr belastende Situation.

Ich hoffe, damit habe ich die Frage im Wesentlichen beantwortet.

Kurze Atempause und ich mache mit der zweiten Frage, die von der SPD-Fraktion kam, gleich weiter. Sie hatten Ihr Positionspapier mit den 5 Cent erwähnt und gefragt, welche Bedeutung es hat. Das Papier hat sicherlich eine sehr hohe Bedeutung; denn aus unserer Sicht ist es so, dass jeder Beitrag zu einem Industriestrompreis, der proaktiv einen solchen fordert und Ideen dazu einbringt, wie man den ausgestalten kann, auf jeden Fall sehr, sehr hilfreich ist und uns weiterbringt; denn wir sind im Moment in Deutschland – das wissen wir alle – in einer Art politischen Sackgasse und kommen bei dem Thema leider nicht weiter. Da helfen jeder Ansatz und jede weitere Idee, wie wir zu einer Lösung kommen, auf jeden Fall. Auch da wieder die Betonung auf Tempo. Wir müssen schnell zu einer Lösung kommen; denn das Jahr 2024 ist schneller da als man denkt, insbesondere weil bei diesem Thema sicherlich auch Brüssel eine gewichtige Rolle spielen wird. Daher kann man das gar nicht hoch genug einschätzen.

Sie haben den Begriff „Tarifbindung“ angesprochen. Ich kann das nur für die Unternehmen sagen, die ich kenne. Da ist eine Tarifbindung eigentlich eine Selbstverständlichkeit und völlig Usus. Daher ist völlig klar, dass man sich an die Tarifvereinbarung hält und die umsetzt. Auch für den Mittelstand ist natürlich immer die Möglichkeit gegeben, dass man dort energieintensive Unternehmen hat. Unser Unternehmen hat 750 Mitarbeiter. Das ist jetzt kein direkter Mittelstand, aber nichtsdestotrotz kein großes Unter-

nehmen. Es ist also auch für den energieintensiven Mittelstand sehr, sehr wichtig, dass wir an der Stelle zu einem möglichst schnellen Ergebnis kommen.

Dann zur dritten Frage – ich habe sie für mich einmal so aufgeschrieben –: Wie kann der Brückenstrompreis die Transformation gewährleisten? – Das kann er natürlich nicht garantieren. Ich glaube, das ist völlig klar, da brauchen wir nicht drum herumzureden, aber Stand jetzt wüsste ich gar nicht, wie wir überhaupt transformieren sollten; denn transformieren heißt investieren. Zum Investieren braucht es Cashflow, und wenn Sie kein gutes Ergebnis haben, dann haben Sie keinen Cashflow. Daher ist im Moment tatsächlich das akute Problem, dass wir in der Chemie einen massiven Auftrags-/Umsatzeinbruch haben. Wir haben nach wie vor hohe Energiepreise. Beides zusammen führt einfach dazu, dass wir keine Mittel generieren können, um zu transformieren, so gerne wir das wollen.

Da gibt es Ideen, da gibt es Projekte, da gibt es Ansätze. Transformieren heißt wahrscheinlich auch, mehr Strom verbrauchen. Das ist uns auch allen bewusst. Da ist natürlich ein deutlich günstigerer Strompreis die Voraussetzung. Das sehen wir im Moment leider überhaupt nicht, auch nicht perspektivisch. Wenn wir in einem internationalen Konzern arbeiten – auch die Vestolit GmbH ist Bestandteil eines größeren Konzerns mit Sitz in Mexiko City –, wird natürlich global geschaut. Wenn Investitionen/Gelder fließen, wird immer gefragt: Wie nachhaltig, wie zukunftsgerichtet ist das an diesem Standort? Insofern haben wir tatsächlich an der Stelle im Moment eine Standortdiskussion, eine Standortfrage.

Ich glaube, ich habe die neun Minuten gut eingehalten.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ja, sehr gut. Wenn Sie es genau wissen wollen: Für die erste Frage haben Sie drei Minuten benötigt, und die nächsten zwei Fragen haben Sie zusammen in drei Minuten beantwortet. Super!. – Dann ist als Letzter Herr Jonas aufgerufen zu antworten.

Raphael Jonas (Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank, dass wir uns auch aus der Perspektive der IHKs in Nordrhein-Westfalen zu diesem extrem wichtigen Thema äußern können. Ich kann Ihnen aber leider keine ganz einheitlich klare Positionierung unserer Mitgliedsunternehmen anbieten, aber die Zerrissenheit gewissermaßen zwischen der energieintensiven Industrie und den vielen anderen mittelständischen Unternehmen, die auch auf Energiekosten schauen, ist schon deutlich geworden.

Ich will Ihnen einen Blick über die aktuelle Stimmungslage – das war Ihre Frage, Herr Brockes –, wie sich die Lage für Industrie und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen darstellt, geben. Wir haben jetzt ein Energiewendebarmometer veröffentlicht, das wir schon seit vielen Jahren herausgeben, im Zuge dessen über 3.500 Unternehmen befragt werden. Die Stimmung ist so schlecht wie noch nie in den vergangenen Jahren, seitdem wir über die Energiewende sprechen – seit dem Jahr 2012 –, und ist auf minus 27 abgesackt. In den vergangenen beiden Jahren, also auch im Kriegsjahr im letzten Jahr, hatten wir minus 7 und davor hatten wir auch minus 7. Das heißt, so schlecht ist

die Stimmung in der Wirtschaft mit Blick auf energiewirtschaftliche Themen noch nie gewesen.

Hier differenzieren wir, was die Branchen angeht. Schauen wir uns Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen an. Wahrscheinlich ist, wie zu erwarten, die Stimmung in der Industrie am schlechtesten. Als sehr negativ bewerten es fast 40 % der Unternehmen; weitere 25 % halten die Lage für negativ.

Das sich daraus ergebende Risiko ist die Verlagerung von Produktionskapazitäten. Darüber denken 43 % der großen Industrieunternehmen nach. 20 % davon haben auch schon konkret laufende Maßnahmen. Das liest man heutzutage auch immer stichwortartig in den Zeitungen. Das Thema ist also gegenwärtig. Vielleicht steigert sich eine Stimmung auch, weil man permanent auf diese Dinge hingewiesen wird, aber die Lage ist auch objektiv sehr, sehr schwer.

Was das bedeutet, können wir auch anhand der Investitionssituation sehen. In welche Dinge wird weniger investiert, weil weniger Geld vorhanden ist? Sie hatten das angedeutet; Herr Matzoll, Sie hatten das auch gefragt: Steht denn genug Geld für die Transformationsinvestitionen zur Verfügung? – Da kann man ganz klar sagen, dass die energieintensive Industrie zu 50 % weniger in ihre Kernprozesse investiert. Das ist das, was man machen muss, um wettbewerbsfähige Produkte am Markt anzubieten. Leider verzichten aber auch fast 40 % auf Investitionen in der geplanten Größenordnung in klimaneutrale Technologien. Das ist das besonders Negative: Es steht kein Geld mehr zur Verfügung, um diese Transformationsaufwendungen zu stemmen.

Das würde ich gerne erst einmal als ersten Blick auf die Stimmungssituation werfen. Herr Brockes, ich hoffe, ich habe Ihnen damit einen kleinen aktuellen Blick gegeben, der leider nicht positiv ist.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für Ihre Antwort, auch wenn der Blick nicht positiv war, aber das war nicht die Frage.

Dann rufe ich die zweite Fragerunde auf, die wieder mit der AfD-Fraktion beginnt. Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Meine zweite Frage geht auch an Herrn Mock von Fortschritt in Freiheit. Weltweit steigen viele Länder auf Kernkraft um. Länder wie Schweden oder Frankreich haben neben großen Anteilen an Wasserkraft auch viel Kernkraft. Deutschland hat aktuell etwa 500 g CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde bei einem Gesamtbedarf von 500 TWh pro Jahr. Nun meine Frage: Welche Auswirkungen hätte es beispielsweise, wenn wir vollständig auf Kernkraft umsteigen würden, also welche Auswirkungen auf CO₂-Ausstoß, Kosten für CO₂-Zertifikate und die Strompreise?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Meine nächste Frage geht an Herrn Jonas. Sie haben gerade schon die innere Zerrissenheit der Unternehmen zum Thema „Brückenstrompreis“ dargestellt, die Sie vertreten. Das grosso modo alternative Modell ist die Senkung der Stromsteuer, die auch diskutiert wird. Oft sind die besonders Energieintensiven von

der Stromsteuer sowieso befreit. Könnten Sie ausführen, welche Lösungsmöglichkeiten Sie da noch sehen? Sie haben in dem Modell etwas angedeutet und beschrieben.

Christian Obrok (SPD): Meine Frage geht auch an Herrn Jonas. Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Dreistufenkonzept der Deutschen Industrie- und Handelskammer für die lange Übergangsphase erwähnt, in der die Energiekosten aktiv zu senken sind, bevor dann Angebotsmengen in entsprechendem Maße erhöht worden sind und dann vielleicht zu Preissenkungen beitragen können. Können Sie das Konzept noch einmal kurz erläutern? Vor allem interessiert mich, mit welchen Zeiträumen Sie bei dem Übergang rechnen, den Sie dort beschreiben.

Jan Matzoll (GRÜNE): Es klingt fast so, als hätten wir uns abgesprochen, heute immer eine Person besonders zu belasten. Meine Frage geht nämlich auch an Herrn Jonas. Das ist die Frage, welche Rolle PPAs, also die Power Purchase Agreements, für die künftige Stromerzeugung der Großindustrie spielen können, welche Volumina da jetzt schon vorhanden sind und welches Wachstum, welche Chancen Sie da prognostizieren.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte Herrn Jonas an der Stelle entlasten und richte meine Frage an Herrn Trennhaus. Welche Bedeutung hat für die Industrie der Spitzenausgleich als Entlastungsmaßnahme?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Fragen. Erneut antwortet Herr Mock zuerst.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Herr Loose, das ist natürlich eine sehr theoretische Frage. Ich verweise auf zwei Dinge:

Punkt 1: Sie sehen die Einnahmemöglichkeiten in dem Klima- und Transformationsfonds, der im BMWK verwaltet wird. Ich hatte dazu in meiner Stellungnahme einen Auszug beigelegt, den sicher jeder gesehen hat. Das heißt, wir haben da etwa 20 Milliarden Euro Einnahmen aus den verschiedenen CO₂-Maßnahmen, über die das BMWK verfügt. Das ist einmal der EU-ETS, mit dem in den Strom CO₂-Zertifikate eingepreist werden, die in den KTF, ehemals EKF-Fonds, einfließen, und zum anderen das BEHG, über das auch entsprechende CO₂-Zertifikate und die Kosten in den KTF einfließen, sodass hier bis zu 20 Milliarden Euro jedes Jahr zur Verfügung stehen, die ursprünglich auch für einen Industriestrompreis vorgesehen waren. Das war jedenfalls die Vorstellung der Industrie.

Leider ist das Geld inzwischen in viele andere Kanäle und Sondersubventionen geflossen, sodass für die Industrie leider nichts mehr übrig ist; denn in der ganzen Diskussion ist sehr wichtig: Wer soll das alles am Ende bezahlen? – Das sind natürlich die Verbraucher, wenn wir nicht eine Regelung finden, wie solche Kosten aus dem KTF abgedeckt werden können oder indem wir wieder die Atomkraftwerke, die stillgelegt worden sind, zurückholen.

Hinzu käme noch das Engpassmanagement. Sie wissen, inzwischen werden jedes Jahr 4 Milliarden für Windanlagen ausgegeben, die nicht laufen können, weil keine Netze vorhanden sind. Das wird in den nächsten Jahren kaum weniger.

Vor dem Hintergrund ist es wichtig zu sehen, dass die Privaten beim Strom das mehr zahlen müssen, was die Industrie weniger zahlen soll, und Private zahlen auf alles obendrauf noch einmal 19 % Mehrwertsteuer. Das heißt nicht nur, für die privaten Endnutzer wird der Strom massiv teurer, sondern es kommen immer noch einmal 19 % Mehrwertsteuer obendrauf, also die erhöhte Mehrwertsteuer. Diese soziale Belastung ist in meinen Augen nicht zumutbar, weshalb wir uns grundsätzlich über einen niedrigen Strompreis für alle unterhalten müssen. Wir können den Privaten nicht all das zumuten, was beim Industriestrompreis notwendig ist. Deshalb halte ich die Diskussion für sehr eng geführt. Sie muss breiter geführt werden, nämlich was insgesamt getan werden kann, um den Strompreis herunterzubekommen.

Deshalb verstehe ich die Frage so, dass natürlich preiswerte Energie und preiswerte Produktion das Thema sind. Preiswerte Produktion ist, wenn bestehende Atomkraftwerke wieder angefahren werden können. Ich habe einmal gehört, das wird ungefähr pro Atomblock, der zurückgeholt würde, ungefähr 1 Milliarde Euro kosten. Das sind im Hinblick auf die Einsparungen Peanuts. Hochgerechnet auf den gesamten Stromverbrauch in Deutschland ergäbe sich natürlich eine ganz andere Rechnung, das ist klar. Ich glaube, so weit müssen wir aber gar nicht gehen, das ist gar nicht notwendig. Wir reden über bestehende Atomkraftwerke, die wir meiner Meinung nach zurückholen können. Dies ist ziemlich real und auch unter sozialen Gesichtspunkten, die ich gerade noch einmal unterstrichen habe, für die breite Bevölkerung sehr wichtig.

Ganz schnell noch zum letzten Punkt: Es wurde zwar gesagt, dass die letzten drei Atomkraftwerke, die stillgelegt wurden, nur zwischen 6 und 7 % der deutschen Stromproduktion ausmachen. Das ist aber genau der Bereich der energieintensiven Industrie. Das heißt, man könnte diesen Strom sehr gut, der preiswert produziert wird, für die Industrie verwenden, die diesen Strom benötigt. Damit würde man eine Entlastung der privaten Stromendkunden erreichen, die dann nämlich diese Subventionen nicht zusätzlich auf ihren Strompreis bezahlen müssten.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Antwort. Als Nächster ist diesmal Herr Jonas mit drei Fragen angesprochen worden.

Raphael Jonas (Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank auch für diese Fragen, die sozusagen in die Richtung schauen, wie wir die Kostenseite entlasten können.

Herr Untrieser, Sie hatten die Frage nach der Stromsteuer gestellt, die für energieintensive Unternehmen nicht so enorm hoch ist, sodass eine Entlastung sicherlich wichtig ist – jeder Cent ist an der Stelle notwendig –, aber es sind nicht sehr viele Cents, sodass sich die Frage stellt: Wie soll der Haushalt die an der Stelle dadurch wegfallenden Einnahmen kompensieren? Es macht keinen Sinn, etwas von der rechten Tasche in die linke Tasche zu tun. Daher sind wir sehr gerne mit dabei, dass wir diese Steuern senken, insbesondere weil wir dann auch die zentralen Wertschöpfungsketten

absichern können. Ich muss dann aber auf mein Eingangsstatement verweisen: Es ist nicht wirklich hilfreich, wenn der Rest der Wirtschaft dann in analoger Weise zusätzlich belastet wird; denn auch der steht natürlich im Wettbewerb enorm unter Druck und kann eigentlich zusätzliche Kosten wirklich nicht gebrauchen.

Viel wichtiger ist es, an dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Netzinfrastruktur und den Gaskraftwerken, die auf Wasserstoffbasis laufen können, zu arbeiten und hier den vollen Vorrang für den Ausbau zu gewähren. Das ist aber ein Thema, auf das wir vielleicht noch später zu sprechen kommen.

Die Stromsteuer sollte also sicherlich runtergehen, aber es braucht kluge Antworten, wie die Haushaltslücken dann kompensiert, geschlossen werden können.

Dann habe ich eine Frage zum Modell des DIHK, das zusammen mit PwC ausgearbeitet worden, gestellt bekommen. Da geht es nämlich genau um die Erkenntnis, dass grundsätzlich zu wenig Angebot an erneuerbaren Energien am Markt ist und hier praktisch der Wirtschaft geholfen wird, sich selbst mit entsprechenden Lieferverträgen zu erneuerbaren Energien, also mit PPS, zu versorgen und hier insbesondere im Offshore-Bereich kostengünstig Flächen zu erwerben und nicht über Auktionsverfahren die Preise an der Stelle in die Höhe zu treiben. Hier soll es darum gehen, in erheblichem Maße öffentliche Mittel als Zuschüsse für den Ausbau der Erneuerbaren und nicht für die Subventionierung von Strompreisen aufzuwenden. Diesen Dreh nehmen wir in unserer Organisation in den Blick und denken, dass wir dadurch und durch eine Reduzierung der Netzentgelte in geringfügigem Maße zu einer Erhöhung des Angebots kommen und wir energieintensive Industrien verlässlich mit Strom aus grünen Quellen versorgen können. Das ist eigentlich der Blick, den wir wählen sollten.

Als drittes Element sieht aber auch dieses Modell vor, weil es natürlich erst mittelfristig wirken kann, da die Kapazitäten erst ausgebaut werden müssen, zu einer Übergangslösung für die energieintensive Industrie zu kommen, die aber noch erwartet wird. Dazu gibt es noch Diskussionen, die noch nicht zu Ende sind.

Das Modell sieht aber eine Reduzierung von Netzentgelten, die finanzielle Unterstützung beim Ausbau von erneuerbaren Anlagen und die Senkung der Energiekosten, der Gestehungskosten, die wir im PV-Bereich bei 8 Cent sehen, auf etwas über 4 Cent und im Windkraftbereich auf 5,6 Cent vor. Das heißt, wir hätten etwas geringfügigere Effekte, aber wir würden bei den Gestehungskosten sehr nahe an den gewünschten Industriestrompreis herankommen.

Wir müssen aber wirklich alle darauf liegenden zusätzlichen Kosten/Abgaben so reduzieren, dass das von der Investitionsseite her attraktiv bleibt.

Zu den Zeiträumen für den Übergang – das ist von Ihrer Seite gefragt worden –: Ich hatte es angedeutet, wir haben nicht genug Leistung installiert. Wir haben auch viele Investoren, die mit den Fristen, mit Klagen kämpfen. Das alles entmutigt in Teilen insbesondere mittelständische Investoren. Wenn ich eigentlich heute die Handwerker beauftragen kann, das Kapitel und eine eigene Fläche habe, aber ich muss doch fünf Jahre warten, bis der Strom ans Netz geht, ist das einfach nicht akzeptabel. Gerade im Mittelstand versteht keiner mehr, weshalb hier nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ich bitte, hierauf wirklich den Blick zu lenken. Es macht

keinen Sinn, allgemein über Bürokratieabbau zu sprechen und zu klagen, wenn dann aber die notwendigen Schritte doch ausbleiben. Das ist also das entscheidende Thema. Daher wird sich das auch nicht von heute auf morgen erfüllen können. Angesichts der dramatischen Situation der Industrie sind aber kurzfristige Maßnahmen notwendig. Deshalb spreche ich mich auch nicht gegen einen Industriestrompreis in Gänze aus. Ich will nur darauf hinweisen, dass er in Wirklichkeit wahrscheinlich nicht hilft.

Dann habe ich von Herrn Matzoll noch die Frage bekommen, welche Rolle PPAs spielen. Darauf bin ich schon kurz eingegangen. Die PPAs verschaffen den Unternehmen eine günstige, aber auch sichere Lieferung von grünen Energien. Sie machen vor allen Dingen dann Sinn, wenn sie auch noch finanziell etwas unterstützt werden, wobei die finanzielle Seite aus unserer Wahrnehmung nicht das große Problem ist. Das ist sicherlich immer ein Thema, aber es steht Investitionskapital zur Verfügung. Es ist einfach nur die Zeitachse, die hier nicht richtig justiert ist.

Martin Trennhaus (Vestolit): Dann sozusagen zur doppelten Entlastungsfrage einmal für Herrn Jonas und dann zum Spitzenausgleich an sich. Da möchte ich ein bisschen in die Vergangenheit gehen. Der Spitzenausgleich ist zusammen mit der Ökoenergiesteuer ungefähr in der Zeit 1998/99 eingeführt worden. Es war damals eigentlich politischer Konsens, dass man den nur einführen kann, wenn man gleichzeitig eine deutliche Entlastung für energieintensive Unternehmen einführt. Das ist der Grund gewesen, weshalb man dann den Spitzenausgleich gemacht hat. Der hat sich über viele Jahre hinweg bewährt. Das ist ein System gewesen, für das man sich in regelmäßigen Abständen in Brüssel Genehmigungen holen musste. Das ist immer erfolgreich gewesen. Da hat man von der industriellen Seite her, glaube ich, auch mit der Politik immer gut zusammengearbeitet und Lösungen gefunden, um die Vorgaben zu erfüllen.

Dieser Spitzenausgleich ist für die Industrie in Gänze außerordentlich wichtig. Sie können das auch unserer Stellungnahme entnehmen. Ab dem nächsten Jahr droht eine zusätzliche Belastung von 1,5 Milliarden Euro. Davon sind vor allem die Unternehmen massiv betroffen, die besonders energieintensiv sind und sehr stark von dem Spitzenausgleich profitiert haben. Für diese Unternehmen kommt es im nächsten Jahr besonders knüppeldick. Insofern wäre der Erhalt des Spitzenausgleichs oder gegebenenfalls alternativ eine Absenkung auf den europäischen Mindeststeuersatz ein Weg, um diese Mehrbelastung abzuwenden, die gerade in der aktuellen Zeit wirkt. Wir diskutieren über Industriestrompreise, wir diskutieren über Transformation, aber machen den Strom teurer. Das ist insofern deutlich kontraproduktiv. Da müssen wir auf jeden Fall schnell zu einer Lösung kommen, vorzugsweise erst einmal mit der Fortsetzung des Spitzenausgleichs, aber dann auch so zeitnah wie möglich über eine Absenkung des Mindeststeuersatzes auf EU-Niveau.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herzlichen Dank für Ihre Antworten. – Dann eröffne ich die dritte Fragerunde. Herr Loose, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Mock. Aktuell wird im Bund und auch in der Landesregierung darüber diskutiert, dass man den Strompreis für die Industrie beispielsweise auf 6 Cent subventionieren möchte, und zwar bis zum Jahr 2030. Jetzt wird über einen Brückenstrompreis bis zum Jahr 2030 diskutiert. Danach sollen dann laut Aussage der Regierung billige Erneuerbare zur Verfügung stehen.

Wir waren vor zwei Tagen mit dem Wirtschaftsausschuss im Wald bei einem Windkraftbetreiber, der dort drei neue Windräder hinstellen will. Er hat erklärt, dass er 9,4 Cent pro Kilowattstunde garantiert für 20 Jahre bekäme. Das war ein 250 m hohes Windrad auf einem 600 m hohen Berg, also mit einer eigentlich sehr guten Windausbeute. Trotzdem ergab sich am Ende nur ein 80-%-Betrag vom Referenzwert, sodass 9,4 Cent entstehen. Da ist noch kein Netzausbau, kein Speicher und kein Backup enthalten.

Die Industrie – Herr Mock, Sie waren in der Industrie tätig – rechnet bei neuen Investitionen eher mit einem Zeitraum von 20 bis 40 Jahren. Nun meine Frage an Sie: Inwiefern kann ein temporär geltender Industriestrompreis von beispielsweise 6 Cent, der nur bis zum Jahr 2030 gilt, die Industrie nachhaltig von einer Abwanderung abhalten?

Peter Blumenrath (CDU): Unsere nächste Frage stellen wir an Herrn Trennhaus. Herr Trennhaus, die Bundesregierung hat eine Reihe von einerseits komplizierten Regelungen sowie andererseits aus unserer Sicht sachfremden Gestaltungen bei den Energiepreisbremsen implementiert, wie beispielsweise Sonderregelungen für verbundene Unternehmen oder mittelfristige Arbeits- und Standortgarantien. Wir haben daraufhin gesehen, dass deshalb viele Unternehmen auf die Hilfen sogar verzichtet haben.

(Martin Trennhaus (Vestolit): Können Sie etwas näher an das Mikrofon gehen?)

– Ja, natürlich.

Es geht noch einmal um die Energiepreisbremsen, um die Frage, wie die Regelungen beim Unternehmen sozusagen ankommen, mit dem Ergebnis, dass teilweise Unternehmen aufgrund dieser ganzen Regelungen sogar auf die Nutzung der Förderungen verzichten. Würden Sie uns eventuell noch einmal erklären – in der Stellungnahme des VCI wird auch die Aussage getroffen, wir brauchen niedrigschwellige und unbürokratische Zugangskriterien –, wo Sie Ihre Bedenken genau sehen und welche Ausgestaltung des Industriestrompreises aufgrund Ihrer Erfahrungen besser gelingen könnten?

Alexander Vogt (SPD): Ich habe auch noch eine Frage an Herrn Trennhaus. Ich möchte noch einmal auf die Themen „Energiestrompreis“ und „Stromsteuer“ zu sprechen kommen. Das sind zwei Ideen, die momentan diskutiert werden. Auf der einen Seite die Subventionierung und die Festlegung auf 5 bis 6 Cent beim Industriestrompreis und auf der anderen Seite das vom Finanzminister ins Spiel gebrachte Thema „Stromsteuersenkungen“. Gibt es aus Ihrer Sicht einen Vorteil für das eine oder das andere, oder müsste es eine Kombination sein? Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

Jan Matzoll (GRÜNE): Als ob wir es wieder abgesprochen hätten, geht auch meine Frage an Herrn Trennhaus, der dann wieder einige Fragen zu beantworten hat.

Sie hatten eben das mexikanische Mutterunternehmen der Vestolit angesprochen. Als Bewohner von Recklinghausen habe ich natürlich das besondere Ansinnen, dass der Standort in Marl erhalten bleibt. Das werden Sie sicherlich genauso sehen. Da will ich Ihrer „Mutter“ gar nichts unterstellen, aber natürlich ist die Motivation an der Stelle sicherlich eine andere. Deshalb geht meine Frage in eine ähnliche Richtung wie eben, weil ich den Eindruck habe, dass diese Frage noch nicht 100%ig beantwortet worden ist. Deshalb ergänze ich Sie: Sehen Sie eine Gefahr darin, dass durch den Brückentrompreis der Druck auf einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien nachlassen kann? Welche Rolle spielen dabei die Industrie und gerade Unternehmen, bei denen es eine gewisse Abhängigkeit gibt, an diesem Standort weiter so funktionieren zu können? Welche Anreize kann die Industrie in diesem Brückenzeitraum, über den wir heute schon ein paarmal gesprochen haben, setzen, um Investitionen tatsächlich in diese Richtung zu lenken und über den Zeitraum 2030 plus X hinaus eine Wettbewerbsfähigkeit in Marl und überall bei uns in Deutschland sicherstellen zu können?

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte meine Frage an Herrn Mock richten. Im Antrag der AfD, Herr Mock, wird die sofortige Abschaffung des europäischen Emissionshandels gefordert. Was halten Sie von dieser Maßnahme?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Diesmal sind nur zwei Sachverständige aufgerufen zu antworten. Zunächst antwortet Herr Mock, der zwei Fragen zu beantworten hat. Sie haben das Wort.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Beide Fragen zusammen werde ich in sechs Minuten beantworten.

Herr Brockes, vielen Dank für die Frage. Ich halte nichts davon. Ich war einer von den Sherpas, die von 2003 bis 2004 das EU-ETS-System 2005 in Brüssel und auch in Berlin eingeführt haben. Daher weiß ich, wie wichtig dieses Instrument ist. Sie wissen auch, dass das nur global sinnvoll ist. Die EU hat versucht, das als Erstes auf den Weg zu bringen, aber es sollte eigentlich global entwickelt werden.

Leider sind wir da nicht weitergekommen. Herr Scholz ist auf dem Weg, es mit dem Industrieclub zu unterstützen, aber das wird ein langer Weg. Vor dem Hintergrund, denke ich, sollten wir das System nicht beschädigen.

Allerdings – das ist meine Einschränkung, ich glaube, das habe ich auch in meiner Stellungnahme geschrieben – ist das EU-Emissionshandelssystem durch die MSR, die Marktstabilitätsreserve, im Jahr 2018 verändert worden, die dann im Jahr 2019 startete. Die hatte das Ziel, die CO₂-Zertifikate zu verknappen, um den CO₂-Preis zu erhöhen.

Genau das ist nämlich das Problem. Das heißt, ich habe ein marktfremdes Instrument aus politischen Interessen in das System integriert und das System nicht mehr wirklich marktmäßig, sondern mit politischer Einflussnahme laufen. Das hat das System natürlich

massiv verändert. Da ist der Ansatz: Wo können wir Wege finden, um einen Industriestrompreis zu ermöglichen? – Eine Möglichkeit ist die MSR, nämlich in das System so einzugreifen, dass es wieder mehr marktorientiert ist und die MSR etwas zurückgedrängt wird, sprich der Druck auf den CO₂-Preis etwas gemindert wird, womit sofort der Strompreis weniger stark steigt bzw. sinken könnte.

Ich glaube, das ist von meiner Seite her der Ansatz, Herr Brockes, nämlich zu versuchen, Möglichkeiten und Wege innerhalb der Systeme aufzutun, um den Strompreis so zu ermöglichen, dass man für alle – Intention war einmal, nicht nur für die Industrie, für die Industrie sicher etwas stärker, weil sie mehr Hilfe braucht, sondern auch für die Normalbevölkerung, weil sie das nicht alles bezahlen kann – einen Weg findet. Deshalb noch einmal das Petitum: Das EU-ETS ist ein extrem wichtiges Instrument, das wir auch im Hinblick auf die globale Entwicklung – so schwierig sie auch ist – hochhalten sollten, aber das ist nun einmal ein marktbasierendes Instrument, das jedoch über die MSR sehr stark verändert worden ist. Hier gibt es meines Erachtens Spielräume zugunsten des Stroms.

Das meine Antwort auf die zweite Frage.

Die Antwort auf die erste Frage ist folgende: Wir haben hier vor Ort das ehemals weltweit größte Aluminiumcluster. Dieses Cluster hat bis zu 40 % des weiterzuverarbeitenden Aluminiums in Europa produziert und war Vorbild für ähnliche Cluster in China, in Asien und sonstwo. Dieses Cluster wird momentan – ich weiß, wovon ich rede, weil ich selbst viele Jahre involviert war – durch eine Politik zerstört, die den Strompreis nicht mehr bezahlbar macht.

Ich darf Ihnen nur ein Beispiel nennen: Wenn Sie eine neue Aluminiumhütte bauen, kostet die heute 2 Milliarden Euro. Ohne Aluminium wird unsere Industrie nicht überleben, weil alle E-Autos fahren im Moment mit Aluminium. Ein Tesla ist ein Aluminiumauto. Wenn Sie das nicht mehr bei uns produzieren, dann müssen Sie es importieren. Import heißt Wertschöpfungsexport, das heißt, wir machen uns durch solche Entwicklungen bewusst ärmer. Das beunruhigt mich außerordentlich. Das heißt, das ist keine Brücke, die bei einer solchen Großinvestitionen hilft, die auf 20, 30, 40 Jahre ausgelegt ist.

Die Aluminiumhütte in Neuss, die jetzt im Oktober schließt, ist 55 Jahre alt und hätte noch 20 Jahre weiterexistieren können. Genauso hätten die Atomkraftwerke weiterexistieren können. Das wäre auch effizient. Man regt sich auf, kleine Geräte sollen repariert werden, aber große Geräte sollen abgeschaltet und verschrottet werden. Das ist ein Widerspruch in sich.

Letzter Punkt: Es wurde eben zu Recht angesprochen, dass die EEG-Vergütung im Dezember für Windonshore auf 7,35 Cent angehoben wurde. Plus Regionalzuschläge liegen die durchschnittlichen Vergütungen zwischen 9 und 11 Cent. Wenn dann aber die Industrie 6 Cent haben möchte und die 9 bis 11 Cent in den nächsten 20 Jahren so hoch bleiben, also auch in 20 Jahren noch diese 9 oder 11 Cent für Windstrom bezahlt werden müssen, wo soll dann da welche Brücke wo hinführen? Das heißt, alleine die EEG-Vergütung für Windonshore liegt also auch in 20 Jahren noch bei 9,4 Cent. Über welche Brücken reden wir dann?

Je mehr Erneuerbare wir wollen, umso mehr werden die Netzentgelte steigen. Das muss man auch sehen. Das heißt, wenn ich jetzt eine Reduzierung der Netzentgelte haben will, dann will ich im Grunde genommen nur eine andere Art der Subventionierung. Das ist genau das gleiche, wenn ich den Industriestrompreis haben möchte. Das ist eine Subventionierung auf Kosten von wem? Wer soll das zahlen? Das ist eigentlich die wesentliche Frage, die wir seit fünf Jahren in den Ausschüssen verfolgt haben.

Die Antwort war verschieden. Ich habe es eben angedeutet, der KTF wäre eine Möglichkeit gewesen, aber der ist jetzt blockiert. Das ist schwierig, aber es kann nicht dem normalen Bürger zugemutet werden, all das, was hier vorgetragen wurde, am Ende zu finanzieren. Wir müssen Wege in einer Art und Weise finden, wie ich es versucht habe, in meiner Stellungnahme darzustellen, den Strompreis so zu senken, dass alle damit leben können, auch wenn die Industrie etwas mehr braucht. Ich glaube, das ist keine Frage.

Allerletzter Punkt: PPA. Ich habe als einer der Ersten für das Unternehmen, für das ich damals gearbeitet habe, PPA-Verträge schon im Jahr 2018 abgeschlossen. PPA-Verträge sind eine reine PR-Maßnahme. PPA-Verträge sind eine PR-Maßnahme, um grünen Strom und damit die grünen Produkte irgendwie darstellen zu können, aber PPA-Verträge sind immer teurer als Börsenstrom, sind immer teurer, als wenn ich mir eigenen Strom über einen normalen Vertrag organisiere. Sie haben allein das Ziel, abgeschriebene Windkraftanlagen, die nur zwei, drei Jahre laufen, irgendwie in Grün darstellen zu können, weil Sie wissen, normale Windanlagen, die über EEG finanziert werden, haben die Doppelvermarktungsproblematik. Das heißt, sie sind als solche nicht in der Lage, grünen Strom verkaufen zu können, weil sie über EEG finanziert werden. Das kann ich nur mit Windanlagen machen, die schon nach 20 Jahren EEG abgeschrieben sind. Dann kann ich eben darstellen, dass es grüner Strom ist, aber es ist eine PR-Maßnahme und für Industrieunternehmen in wirtschaftlichem Umfang nicht nutzbar.

Offshore – ich glaube, darüber haben wir in der letzten Zeit genug gelesen – ist ...

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich möchte auf die Zeit hinweisen, weil wir schon deutlich darüberliegen. – Herr Trennhaus, Sie haben das Wort.

Martin Trennhaus (Vestolit): Zunächst einmal zum Thema „Zugangshürden zu einem Industriestrompreis“ oder auch zu der Frage, welche Erkenntnisse wir aus den Energiepreisbremsen gewonnen haben. Zunächst möchte ich ein paar Sätze zu den Energiepreisbremsen sagen.

Als die ersten Entwürfe eines entsprechenden Gesetzentwurfs herauskamen, gab es die wildesten Diskussionen zu den verschiedenen Zugangskriterien. Insbesondere das Thema „Bonusverzicht der Geschäftsführung oder Vorstände“ ist sehr heiß diskutiert worden. Ich glaube, wir können uns alle sehr gut vorstellen, wo dieses Thema herkommt, aber wenn man sich im Endeffekt die Praxis anschaut, sind sehr viele Unternehmen, die von diesen Energiepreisbremsen eigentlich profitieren sollten, mittelständische Unternehmen, GmbHs, die Geschäftsführer haben. Geschäftsführer sind normalerweise Angestellte des Unternehmens mit einem Anstellungsvertrag. An dieser

Stelle einen Bonusverzicht quasi als Voraussetzung vorzusehen, würde in den Anstellungsvertrag eingreifen. Damit kommt man in eine ganz andere Diskussion. Das sind Personen, deren Gehalt das im Prinzip ist. Man würde als Unternehmen vertragsbrüchig werden, wenn man vom Unternehmen aus den Geschäftsführer quasi zwingt. Der Geschäftsführer ist selbst handelnde, entscheidende Person. Ich weiß gar nicht, wie das funktionieren soll. Das ist einer der Aspekte gewesen.

Wir haben das Thema „Dividendenverzicht“, das für viele internationale Konzerne natürlich auch ein „No go“ ist, weil sie eben nicht nur in Deutschland, sondern international arbeiten.

Wir haben das Thema „ökologische Gegenleistungen“. Die sind sicherlich in vielerlei Hinsicht sinnvoll. Das Problem bei ökologischen Gegenleistungen ist Stand jetzt, dass sie einfach nicht aufeinander abgestimmt sind. Wir haben im Moment so viele Belastungen, bei denen es die Möglichkeit gibt, Entlastungen zu bekommen, bei denen man dann ökologische Gegenleistungen erbringen muss, die, wie gesagt, nicht aufeinander abgestimmt sind, sodass teilweise die Unternehmen, aber auch die Zertifizierer nicht mehr wissen, was sie tun sollen. Hier gibt es eine sehr große Unsicherheit, wie man damit umgehen soll. Das sind einfach Beispiele dafür, welche Zugangshürden existieren können.

Noch ein Beispiel, das vor allem für die Chemie besonders wichtig ist: Häufig ist das Thema der Sektorzugehörigkeit ein wichtiges Thema. Auf europäischer Ebene sind Sektoren definiert, die energieintensiv sind und von Entlastungen profitieren können. Leider muss man dazu sagen, dass diese Sektoren statistische Sektoren sind. Gerade bei der Chemie mit ihrer Diversifiziertheit in verschiedene Sektoren – wenn Sie ein Unternehmen haben, haben Sie in der Regel, sechs, sieben, acht Sektoren, in die Sie Umsätze melden – ist es bei manchen Unternehmen so, dass sie jedes Jahr den Sektor wechseln. Das ändert nichts an der Energieintensität, aber es ändert sich der Sektor und ob ein Sektor energieintensiv ist oder nicht. Das kann ganz entscheidend sein, um über eine solche Möglichkeit eine Entlastung zu bekommen.

Das sind alles Punkte, die insbesondere für den VCI wichtig sind, weshalb wir darauf hinweisen und bitten möchten, dass man die Zugangshürden wirklich so gering wie möglich hält, damit das wirklich in Anspruch genommen werden kann.

Die zweite Frage war deutlich kürzer, die ich auch deutlich kürzer beantworten möchte: Industriestrompreis versus Stromsteuer. Ich würde das ganz anders sagen: Industriestrompreis und Stromsteuer. Bei der Stromsteuer oder Energiesteuer – im Prinzip trifft es das Erdgas sehr ähnlich – haben wir gerade in der chemischen Industrie das Thema, dass wir Prozesse haben, die von der Stromsteuer – schon auf europäischer Ebene definiert – befreit sind. Bei denen wäre es natürlich so, dass eine Absenkung der Energiesteuer gar keinen Effekt hätte, weil sie ohnehin schon befreit sind. Die Befreiung hat häufig Hand und Fuß, weil es handelt sich um Prozesse, die einfach so energieintensiv sind, dass sie im internationalen Wettbewerb ohne die Befreiung gar nicht arbeiten könnten.

Beim Industriestrompreis ist es so: Wenn Sie einen Brückenstrompreis als Energiestrompreis nehmen, würden sie an der Community ansetzen, und die Community

braucht jeder. Da würden Sie tatsächlich jeden erreichen, zumindest jeden, der schlussendlich davon profitieren kann. Wenn man sich schon entscheiden müsste, wäre das insofern wahrscheinlich das bevorzugte Instrument. Ich würde mich tatsächlich immer für beides entscheiden, weil wir brauchen es einfach. Im Moment wüsste ich nicht, wie wir die Belastung im nächsten Jahr und weiterhin durch so hohe Strompreise/Energiepreise auf Dauer aushalten sollen.

Die dritte Frage erstreckte sich auf das Thema „Brückenstrompreis“ und dessen eventuellen Einfluss auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Habe ich das so richtig wiedergegeben? – Das ist eine Frage, die schwierig zu beantworten ist. Ich kann auch nicht in die Zukunft sehen, aber aus Unternehmenssicht kann ich sagen, die Unternehmen arbeiten an grünen Produkten. Sie versuchen tatsächlich, durch den Einkauf von grünen Materialien, Rohstoffen, durch den Einkauf von grünem Strom, wozu zum Beispiel auch PPAs zu verwenden wären, grüne Produkte zu entwickeln. Allein die aktuelle Situation zeigt: Wer kann im Moment in der aktuellen Krisensituation einen höheren Preis für ein grünes Produkt bezahlen? Wenn man das Produkt entwickelt hat, hat man es leider noch nicht verkauft.

Derzeit ist das tatsächlich eine schwierige Situation. Man möchte gerne, gerade auch die chemische Industrie möchte gerne, aber im Moment ist der Absatz an der Stelle nicht vorhanden, weil die Unternehmen sich alle optimieren und versuchen, sich irgendwie über Wasser zu halten und dann gegebenenfalls das Konkurrenzprodukt aus den USA oder China kaufen, das eben nicht grün ist.

Zusätzlich haben die Unternehmen in der Regel – gerade internationale Konzerne – grüne Ziele, für die man natürlich grünen Strom einsetzen kann und möchte. Daher bin ich beim Ausbau der erneuerbaren Energien zuversichtlich, der eigentlich alternativlos ist; denn wir steigen aus der Kohle aus, wir steigen aus der Atomkraft aus, Gaswerke wollen wir eigentlich auch nur als redundante Kraftwerke. Strom muss schließlich irgendwo herkommen. Wir wollen nicht zu 100 % auf Import setzen. Ich glaube, das möchte keiner. Frankreich hat Atomstrom. Ich glaube, darüber müssen wir nicht diskutieren. Insofern müssen wir die Erneuerbaren ausbauen, und zwar so schnell wie möglich. Insofern würde ich die Frage erst einmal mit Nein beantworten. Ich glaube nicht, dass er einen negativen Einfluss hätte. Ich glaube eher, dass er den positiven Einfluss hätte, dass die Unternehmen wieder handlungsfähig würden und die Transformation wieder angehen können, die im Moment schlicht und einfach stockt. Das kann man nicht anders sagen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. Jetzt haben wir den Fragerekord von drei Fragen an eine Person in der heutigen Sitzung schon dreimal erreicht. – Dann rufe ich die vierte Fragerunde auf, sofern dazu Bedarf besteht. Sie können natürlich auch jederzeit sagen, dass Sie keinen Fragebedarf mehr haben. Wir beginnen wieder mit Herrn Loose.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht wieder an Herrn Mock von Fortschritt in Freiheit. Die Frage nach einem 100%igen Umstieg auf Kernkraft war sicherlich ein bisschen theoretisch. Das wäre sicherlich auch erst 2035 oder 2040 möglich. Jetzt gab

es aber eine Studie zu einer Umfrage bei den deutschen Energiekonzernen, die ermittelte, dass bis zu acht Kernkraftwerke innerhalb von neun Monaten bis zwei Jahren wieder einsatzfähig gemacht werden könnten. Deshalb meine Frage: Was würde mit dem Strompreis passieren, wenn wir die Kernkraftwerke und Teile der Kohlekraftwerke, wie zum Beispiel das Kohlekraftwerk in Hamm mit einem Wirkungsgrad von immerhin 45 %, wieder zurück in den Markt holen könnten?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich würde Herrn Jonas die Gelegenheit geben, noch einmal etwas zum Spitzenausgleich zu sagen.

Christian Obrok (SPD): Meine Frage geht auch an Herrn Jonas. Sie hatten eben selbst über das Thema „Netzentgelte“ gesprochen. Meine Frage wäre, ob Sie einmal darstellen könnte, wie Sie sich dort eine Dämpfung vorstellen könnten, gegebenenfalls auch durch eine staatliche Umlage als mögliches Modell; denn auch da entstehen natürlich sowohl für die Unternehmen als auch für die Privaten enorme Kosten.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Matzoll hat keine weiteren Fragen mehr. – Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte meine nächste Frage auch an Herrn Jonas richten. Könnten Sie uns das Konzept der Strompartnerschaft, für das die IHK wirbt, erklären?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir beginnen mit der Beantwortung der Fragen erneut bei Herrn Mock.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich versuche das einmal einigermaßen zu beantworten, weil das natürlich eine sehr theoretische Frage ist, aber es ist klar, eine Erhöhung des Angebots wird auf jeden Fall insbesondere mit zwei Besonderheiten zu einer Senkung der Stromkosten führen. Wir haben sowohl bei der Atomkraft als auch bei der Kohlekraft die Besonderheit, dass wir bis zu 7.000/8.000 Stunden im Jahr eine gesicherte Produktion haben, die ich bei Erneuerbaren so definitiv nicht habe. Wir reden hier über 30 Gaskraftwerke, um eben die Lücken zu füllen, die die Erneuerbaren wie auch immer schaffen, weil wenn wir keine Sonne, keinen Wind haben, dann haben wir nun einmal den Strom nicht. All das, was dafür produziert werden muss, verursacht Zusatzkosten, ob das Gaskraftwerke, Speicher oder wie auch immer sind. Die alle brauche ich nicht, wenn ich klassische Kraftwerke habe, ob AKW, Kohle oder wie auch immer.

Ich habe aber einen weiteren erheblichen Gewinn dadurch, dass ich per sofort die Netze nicht mehr in dem Umfang ausbauen muss, wie das bisher vorgesehen ist. Das hat erhebliche Entlastungen auf der Kostenseite durch den geringen Netzausbau zur Folge; denn denken Sie daran, der Netzausbau ist ab 2030 und in den letzten Jahren, was den Zubau anbelangt, nur für Wind und Solar vorgesehen. Das heißt, der komplette Netzausbau und die Netzkosten sind Wind und Solar zu 100 % zuzurechnen.

Das muss erfolgen und die sind so teurer, weil die Windanlagen da stehen, wo bisher keine Netze gewesen sind. Also muss alles komplett – die großen Leitungen vom Norden in den Süden – über Netzbetreiber installiert werden, um den Wind wegen der dezentralen Produktion anders aufzunehmen und zu verteilen, als früher aus zentralen Positionen heraus.

Wenn ich acht Kernkraftwerke oder wie viele auch immer wieder als 8.000-Stunden-Kraftwerke am Netz habe, dann habe ich nicht mehr weiter steigende Netzentgelte sowie eine gesicherte Leistung und kann Gaskraftwerke und Speicher sparen. Darüber hinaus habe ich einen niedrigen Strompreis insbesondere deshalb, weil es weitestgehend abgeschriebene Kraftwerke sind. Ich hatte gesagt, für jedes Kraftwerk braucht man ungefähr 1 Milliarde Euro, um es wieder ans Netz zu bringen. Das hört sich nach viel an, aber es sind im Vergleich zu dem, was anschließend an preiswertem Strom zum Beispiel für zehn Jahre produziert werden kann, Peanuts.

Vor dem Hintergrund ist das also sicher ein wichtiger Punkt, den man im Rahmen der Gesamtdiskussion nicht aus den Augen verlieren sollte, weil eines ist klar: 50 % der energieintensiven Industrie in Europa sitzt in Deutschland, und bisher standen davon 50 % in NRW. Diese werden momentan drastisch zurückgefahren oder schrumpfen im Grunde genommen jeden Tag. Wenn das so weitergeht, werden Sie in wenigen Jahren NRW nicht mehr als Industrieland sehen. Das ist für mich eine unerträgliche Situation, weil die Folgewirkungen, was den Mangel an Wertschöpfung für die sozialen Einrichtungen und die Überschuldung für NRW bedeutet, möchte ich hier nicht weiter ausführen.

Raphael Jonas (Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen):
Herr Untrieser, meinten Sie den Spitzenausgleich.

(Zuruf von Dr. Christian Untrieser [CDU])

– Ja, genau. Das war das, was Herr Trennhaus eben angesprochen hat. Es stehen etwas über 1 Milliarde Euro sozusagen als rückwirkende Erstattungen an, die beantragt werden müssen. Das ist kein Vergnügen für die Unternehmen, die das tun. Mir fehlt aber die praktische Erfahrung, um sagen zu können, was das vor Ort an Aufwand, an bürokratischen Datenbergen etc. erfordert. Auf alle Fälle sind aber die Unternehmen auf diese Prozesse eingespielt und kalkulieren natürlich mit diesen Werten, die jedoch Jahr für Jahr immer wieder im Raum stehen. Daher ist das eine weitere Entlastung, die die energieintensive Industrie in Deutschland einfach braucht, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Deshalb kann man an der Stelle nur sagen: Wenn das wegfällt, was ich aus marktwirtschaftlicher Sicht sicherlich ein Stück weit nachvollziehen könnte, muss man Antworten finden, wie gleichzeitig entsprechende Kostensenkungen an anderer Stelle ermöglicht werden. Die stehen gegenwärtig nicht zur Verfügung. Daher würde ich sagen, der angesprochene Strukturausgleich ist weiterhin wichtig und sollte für die energieintensive Industrie beibehalten werden.

Die Frage der SPD ging in Richtung Netzentgelte. Das ist sozusagen die Erwartung, dass zunehmende Realaspektausgaben bei der fluktuierenden Energieerzeugung dazu führen, dass weitere Kosten auf die Unternehmen oder auf alle Stromkunden

zukommen. Die Frage ist eben, wer von diesen Netzentgelten profitiert. Das sind zunächst einmal Unternehmen, die dann aber auch über ihre Steuerzahlungen zum Bundeshaushalt beitragen.

Es ist notwendig, dass sich die Investitionen in erneuerbare Energien auch dann rechnen, wenn die Anlagen nicht laufen. Insofern ist – ich glaube, das ist uns allen insoweit klar – mit einem Anwachsen der Netzentgelte zu rechnen.

Wenn diese Netzentgelte über den Strompreis nicht gedeckt werden, müssen sie über alternative Wege finanziert werden. Heute fällt mir nicht allzu viel dazu ein, diese alternativen Wege zu finden. Es bleibt am Ende ein Kostenpunkt, der auch in der Industrie, im Gewerbe, im Handel, bei allen Branchen anfällt. Solange der internationale Wettbewerb – das ist vielleicht das, was wichtig ist – durch diese Unternehmen nicht eingeschränkt wird, trägt es „nur“ zur Inflation innerhalb der europäischen Länder bei. Das ist ein Trost, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen innerhalb Europas nicht eingeschränkt wird, aber global ist das trotzdem problematisch.

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir mit PPA durchaus eine hervorragende Möglichkeit haben, die Strompreise zu senken und auch stabil zu halten. Hier muss man natürlich über die Netzentgeltsituation sprechen. Ich würde dafür plädieren, dass wir sie reduzieren, aber am Ende bleiben die Kosten im System. Sie müssen dann nur über eine Alternative finanziert werden. Das könnten Steuern sein, aber wir wollen nicht über Steuererhöhungen reden, weil das auch kein vergnügungssteuerpflichtiges Thema ist. Sie haben aber die Frage gestellt. Sie ergibt sich eigentlich aus der Systematik, dass wir künftig die Energie dezentral erzeugen, was sehr viel aufwendiger und selbstverständlich weniger verlässlich durch die weniger gesicherte Leistung ist. Wir müssen das durch Gaskraftwerke absichern. Die müssen gebaut und auch finanziert werden. Das sind Kosten. Wir machen uns das klar, und die Unternehmen sehen das auch.

Wichtig ist, dass wir eine verlässliche Perspektive bekommen. Es gilt das, was schon mehrfach angesprochen worden ist, es hilft nichts, sich auf Zusagen von wenigen Jahren zu verlassen. Die Abschreibeweiträume, die Technik, die gebaut, die installiert wird, die laufen sehr, sehr viel länger. Standortentscheidungen müssen insofern also belastbar sein.

Zur Strompartnerschaft: Ich hatte vorhin schon versucht, das zu erläutern. Das ist ein Modell, bei dem im Wesentlichen PPA mit Energieerzeugern abgeschlossen werden sollen. Der Bundeshaushalt – um den Finanzstrom einmal sichtbar zu machen – wird in Anspruch genommen, um Investitionen in erneuerbare Energieanlagen zu erleichtern. Die Betreiber von erneuerbaren Energieanlagen schließen direkt Lieferverträge mit Industrie- und Gewerbetunden ab. Das nennen wir dann die Strompartnerschaft für Green-PPAs. Das heißt also, die Betreiber von Energieanlagen bekommen die Möglichkeit, günstiger Anlagen zu bauen und können die Preise, die sich aus den günstigeren Investitionen ergeben, über eine vergünstigte PPA-Vertragsgestaltung an Industrie- und Gewerbe weitergeben.

Zusätzlich sehen wir eine Reduzierung der Netzentgelte, die ebenfalls aus dem Bundeshaushalt getragen werden muss. Einer muss es eben bezahlen – das ist die Logik –,

aber es ist nicht das Industrieunternehmen, das energieintensiv ist, und auch nicht der Mittelstand, der insgesamt hohe Energiekosten zu tragen hat.

Auf den Bundeshaushalt kämen dann Kosten zu, die aber nach unserer Berechnung weitaus geringer sind als die einer Industriepreissubventionierung. Dieses Modell trägt auch sehr viel länger, weil es auf 20 Jahre bezogene PPA-Verträge sein können. Es trägt insgesamt zu einem Ausbau der Erneuerbaren bei und führt nicht nur zu einer Subventionierung über einen bestimmten Zeitraum. Wir sehen es so, dass nicht nur bis zum Jahr 2030, sondern weit darüber hinaus Investitionen in den Industriestrompreis erforderlich sind, weil wir uns im Augenblick sehr schwertun, die Erneuerbaren auszubauen. Daher erwarten wir den Zeitraum, zu dem der Industriestrompreis sozusagen im Geld ist, sprich, dass wir die niedrigen Gestehungskosten haben und keinen Ausgleich mehr aus dem Bundeshaushalt zu den Strompreisen, die im internationalen Wettbewerb erzielbar sind, leisten müssen, sicherlich noch nicht in den nächsten fünf bis sechs Jahren. Daher dieses Modell.

Dieses Modell schafft mehr erneuerbare Energieanlagen, reduziert den Strompreis um mehr als 3 Cent pro Kilowattstunde und ist daher für uns das Modell, das intensiv diskutiert werden sollte, bevor man einfach nur Subventionen im Zweifel an eine sehr kleine Gruppe von Unternehmen austeilt.

Ich muss Ihnen sagen, das ist aber keine leichte Positionierung. Ich verstehe die Notwendigkeit der energieintensiven Industrien, von hohen Strompreisen herunterzukommen, aber die Welt sieht im Augenblick so aus.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Antworten, Herr Jonas. Herr Trennhaus, Sie sind in dieser Fragerunde nicht angesprochen worden. Dann gebe ich die Möglichkeit für eine fünfte Fragerunde. Herr Loose möchte noch eine Frage stellen.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Mock von Fortschritt in Freiheit. Sie sprechen die CO₂-Systematik an, den MSR. Der Preis an der Börse für CO₂ lag am 1. Januar 2018 bei 8 Euro pro Tonne. Dann gab es die politischen Umwälzungen mit der MSR. Jetzt liegt der Preis bei 90 Euro. Beim Braunkohlekraftwerk erhöhen sich dadurch die variablen Kosten von 2 auf 10 Cent. Das Umweltbundesamt spricht von einem Umwälzungsfaktor von 0,7. Das heißt, diese CO₂-Kosten schlagen sich am Ende zu 70 % auf die Börsenpreise nieder. Nun meine Frage: Wie würden Sie den Vorschlag bewerten, dass man einfach einmal zwei Jahre auf die CO₂-Zertifikate verzichten würde, also so etwas wie ein Moratorium machen würde? Würden dadurch die Preise gesenkt werden können? Wenn wir so etwas nicht machen, in welche Preisrichtung laufen künftig die CO₂-Kosten?

Peter Blumenrath (CDU): Ich habe noch eine Frage an Herrn Trennhaus. Herr Trennhaus, auf Initiative von Ministerpräsident Wüst und der nordrhein-westfälischen Landesregierung schmieden Länder eine Chemieallianz und bringen wichtige Stakeholder voraussichtlich Ende September auf einem Chemiegipfel zusammen. Wie schätzen Sie diese Initiative ein, und welche Erwartungen haben Sie selbst an diesen Gipfel?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Die SPD-Fraktion hat keine weiteren Fragen. – Bei den Grünen haben sich auch keine weiteren Wünsche nach Fragen ergeben. – Von der FDP gibt es auch keine weiteren Fragen. – Dann sind wir wieder bei der Antwortrunde und beginnen mit Herrn Mock. Sie haben das Wort.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Die Frage, das CO₂ für zwei Jahren in Form eines Moratoriums auszusetzen, klingt verführerisch, aber ich darf auf meine vorherige Antwort zurückkommen. Wir haben ein System, das wir nicht nur in Europa hochhalten, sondern das wir als Industriegruppe, wie Herr Scholz so schön sagt, versuchen, global zu implementieren. Wenn wir jetzt so einen Aussetzer machen, klingt das so, als ob das System vielleicht doch nicht so gut ist. Im Hinblick darauf, dass wir es global implementieren wollen, müssen wir natürlich eine Glaubwürdigkeit erzielen.

Das ist insgesamt auch die aktuelle Diskussion im Hinblick auf den Industriestrompreis. Wenn wir jetzt dieses Moratorium oder die anderen Dinge, die diskutiert wurden, umsetzen, beschädigen wir das Emissionshandelssystem. Das sollte uns lieb und teuer sein, und wir sollten es so stützen, dass es per se nach wie vor als globales Vorbild attraktiv ist. Wenn wir es nicht mehr attraktiv ausgestalten, dann können wir den ganzen Klimaschutz einpacken und nach Hause gehen. Vor diesem Hintergrund kann ich nur im Hinblick auf das, was rundum im Zusammenhang mit dem EU-ETS diskutiert wird, nur davor warnen, falsche und EU-ETS beschädigende Vorschläge zu machen. Da waren leider heute einige dabei. Insoweit halte ich persönlich aus den Gründen, die ich gerade genannt habe – aus politischen Gründen –, nichts davon, aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, die MSR, was wenig bekannt ist, ist hier ein Schlüssel zum System, den CO₂-Zertifikatepreis und damit auch den Strompreis zu senken, weil Sie wissen, das CO₂ wird in den Strom eingepreist und ist momentan bei 90 Euro pro Tonne CO₂ angelandet.

Ganz beiläufig – das auch als weitere Antwort – soll dieser Preis aufgrund der EU-ETS-CO₂-Minderungsziele vom Januar/Februar dieses Jahres so verändert werden, dass die CO₂-Zertifikatepreise bis 2030 auf etwa 200 Euro pro Tonne steigen werden. Das heißt natürlich auch, der Strom wird entsprechend teurer. Das heißt übrigens auch, dass eine mit Strom betriebene Wärmepumpe aufgrund des hohen CO₂-Preises sehr viel teurer werden wird als Öl- und Gasheizungen. Man müsste also rein wirtschaftlich betrachtet eigentlich den Menschen empfehlen, jetzt Öl- und Gasheizungen zu kaufen, weil aufgrund der CO₂-Minderungsziele Strom und damit auch eine Wärmepumpe tierisch teuer werden. Ich sage das rein neutral, sachlich im Hinblick auf die Entwicklung der indirekten Folgekosten, die leider zu wenig diskutiert werden, die wir aber sehen müssen, um das System zu verstehen, wie was zusammenhängt.

Vor diesem Hintergrund sind leider auch PPA-Verträge nur maskierte Formen von Subventionierungen; denn ohne die läuft es nämlich nicht. Das hat wiederum Auswirkungen auf das ETS-System.

Noch einmal zusammengefasst: Wenn wir etwas für die Industrie tun wollen, dann gibt es Möglichkeiten, die ich aufgezeigt habe. Eine Möglichkeit ist, um das noch einmal zusammenzufassen und zu beantworten, die MSR, die meines Erachtens einen sehr

vernünftigen, sachlichen Hebel bieten würde. Dies insbesondere auch im Hinblick, was der Kollege eben sagte, auf die Rezession, die auf uns zukommt, wodurch die Industrie noch stärker unter Druck gerät.

Im Hinblick auf die zu erwartende CO₂-Preissteigerungen aufgrund der CO₂-Minde-rungsziele und dem dramatischen Anstieg der Netzentgelte müssen wir uns, je schnel-ler wir den Wind ausbauen, umso mehr Antworten überlegen, um die Industrie für NRW als das frühere Herz der energieintensiven Industrie zu retten. Ich habe große Sorgen, dass wir das nicht durchhalten, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Letztes Wort dazu: Auch der Braunkohleausstieg bis zum Jahr 2030 muss gegebe-nenfalls rein sachlich noch einmal überlegt werden. Wir haben jetzt CCS als Möglich-keit. Das heißt, auch Braunkohle mit den BoA-Blöcken, die sehr effizient sind, zusam-men mit CCS ist möglicherweise eine Antwort.

Martin Trennhaus (Vestolit): Ich gebe eine ähnliche Antwort, wie ich sie vorhin schon einmal gegeben habe. Die Chemieinitiative ist aus mehreren Gründen sicherlich von ganz außerordentlicher Bedeutung. Zum einen geht es darum, die Bedeutung der che-mischen Industrie als energieintensive Industrie noch einmal besonders herauszustrei-chen und als zwingend notwendigen Empfänger von einem Industriestrompreis darzu-stellen oder die Themen, die wir eben schon andiskutiert haben, „Spitzenausgleich“ oder „Absenkung der Stromsteuer“ zu diskutieren.

Zum anderen geht es auch darum, die Bedeutung der Chemie bei der Energiewende noch einmal zu betonen; denn die chemische Industrie liefert den Rohstoff für Fen-sterprofile, Dämmmaterial, Füllmaterial für die Rotoren von Windrädern usw. usf. Sie ist also integraler Bestandteil der Energiewende. Diese Produkte wollen wir doch gerne in Deutschland produzieren und nicht in China oder in den USA, um sie dann zu im-portieren, wie es leider teilweise bei einigen Produkten für die Energiewende jahrzehn-telang passiert ist. Ich glaube, zur Photovoltaik ist allgemein bekannt, wie dort die Si-tuation lange Zeit war und leider teilweise immer noch ist. Ich denke, da müssen wir Deutsch denken; da müssen wir daran denken, dass wir die chemische Industrie in Deutschland erhalten wollen. Insofern denke ich, ist das eine sehr wertvolle Initiative.

Was meine Erwartungshaltung angeht, ist das genau meine Erwartungshaltung. Das brauchen wir. Wir müssen auf diese besondere Rolle sowohl was die Energenität als auch als Dienstleister für die Energiewende angeht, hinweisen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Damit wäre dann auch schon die fünfte Frage- und Antwortrunde zu Ende. Wir haben natürlich die Möglichkeit, dass weitere Runden fol-gen. Herr Loose möchte noch eine sechste Runde beginnen. Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Noch eine letzte Frage an Herrn Mock. Die Industrie, zumin-dest die meiste Grundstoffindustrie oder auch andere Industrieprozesse, läuft Base durch, 365 Tage im Jahr, 24 Stunden im Dreischichtbetrieb. Wir haben die Aussage, wir brauchen den Ausbau von erneuerbaren Energien. Wind läuft allerdings, wenn man die Volllaststunden sieht, 2.000 Volllaststunden, Solar 1.000 Volllaststunden. Das heißt,

wir brauchen irgendwie ein Backup und eine Lösung dafür. Haben Sie aus der Industrie vielleicht eine Einschätzung dazu, wo die ganzen Speicher und Gaskraftwerke bis zum Jahr 2030 herkommen? Sehen Sie, dass in der Vergangenheit da etwas passiert ist? Was prognostizieren Sie da für die Zukunft?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann schaue ich einmal, ob es weitere Fragen gibt. Bei der CDU ist das nicht der Fall, bei der SPD nicht, bei der Fraktion der Grünen auch nicht, bei der FDP ebenfalls nicht. Herr Mock, dann haben Sie noch einmal die Gelegenheit, auf die Frage zu antworten.

Thomas Mock (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich habe den Vorteil, 30 Jahre in einer energieintensiven Industrie auf globaler Ebene tätig gewesen zu sein. Ich bin weltweit unterwegs gewesen, und ich glaube, ich habe einen ganz guten Eindruck, was momentan los ist. Alle schauen im Grunde genommen auf Deutschland, wie sie die industriellen Anteile zu sich herüberziehen können. Das ist eine fatale Situation.

Die Gaskraftwerke – um auf die Frage konkret zu antworten – sollen wasserstoffready gebaut werden. Die Großtechnik für große Gaskraftwerke gibt es so noch gar nicht. Die entwickelt Siemens erst. Das heißt, Sie können momentan gar keine Gaskraftwerke, die wasserstoffready sein sollen, bauen, weil es die Technik dafür im industriellen Maßstab noch gar nicht gibt. Wir haben also da schon erhebliche Zeitverzögerungen, die auf uns zukommen.

Wer soll die ganzen Kraftwerke bauen, weil sie werden nicht wirtschaftlich sein? – Das muss also öffentlich finanziert werden. Jetzt sagen Sie mir einmal, wo im Haushalt entweder im BMWK oder im Klima- und Transformationsfonds oder im allgemeinen Haushalt bisher Geld für diese Gaskraftwerke eingeplant ist. Das sehe ich nicht. Wo soll das Geld herkommen? Ich erinnere nur ganz vorsichtig an den Anteil von 2 % für den Militärhaushalt in Deutschland, der noch lange nicht erreicht ist, und die ganzen Sozialfragen, die unter den Nägeln brennen und zu lösen wären.

Vor dem Hintergrund müssen wir meines Erachtens mehr pragmatisch die ganze Situation betrachten und wirtschaftliche Lösungen möglichst ohne Subventionen andenken und diskutieren, so unangenehm das ist. Ich bin ein großer Vertreter des anthroposophischen Klimawandels. Ich sehe in der Tat eine massive Situation, dass wir etwas für das Klima tun müssen, mehr als heute übrigens. Ein Beispiel ist aber, Kreislaufwirtschaft, Recycling ist energieintensiv. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe 20 Jahre mit der Kreislaufwirtschaft und Recycling zu tun gehabt. Das heißt, wenn ich Energie teuer mache, dann töte ich die Kreislaufwirtschaft und mache Recycling im Grunde genommen kaputt. Das sind alles Folgewirkungen, die viel zu wenig bedacht worden sind. Das heißt, wir brauchen auch vor dem Hintergrund der für uns absolut notwendigen Ressourcennutzung im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und des Recyclings preiswerte Energie.

Wir müssen deshalb generell an das Energiethema herangehen und können nicht auf der einen Seite so tun, als ob wir Energie möglichst teuer machen sollten, aber auf der anderen Seite möglichst viel subventionieren wollen. Das geht auf Dauer nicht. Das ist

im globalen Wettbewerb nicht durchzuhalten. Wir sind nun einmal als deutsche Industrie international tätig. Jetzt fällt das auf uns zurück. Wir können nicht auf Dauer diese Differenz durchhalten.

Vor dem Hintergrund noch einmal mein Petition: Bitte, bitte eine sachliche Diskussion zu Lösungen, die möglichst wirtschaftlich innerhalb der Systeme zu finden sind. Es gibt sie. Wir können aber nicht den normalen Bürgern zumuten, dass sie die ganzen Subventionen, über die wir heute diskutiert haben, bezahlen sollen. Das geht auch nicht.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Loose, ich hatte Sie so verstanden, dass das von Ihnen die letzte Frage sein sollte. Von den anderen Fraktionen erwarte ich, dass ihnen in der Zeit keine weiteren Fragen in den Sinn gekommen sind. Dann stelle ich fest, dass wir alle unsere Fragen an die anwesenden Sachverständigen stellen konnten.

Ich möchte mich bei den drei Sachverständigen ganz herzlich bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, Stellungnahmen abzugeben und uns heute für Rede und Antwort zu einem im Moment sehr kontrovers und intensiv diskutierten Thema zur Verfügung gestanden haben.

Damit beende ich die Sitzung und kündige an, dass die nächste Sitzung unseres Ausschusses bereits in einer Stunde in Form der nächsten Anhörung stattfinden wird, die wir gemeinsam mit dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie mit dem Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume durchführen werden. Damit ist diese Sitzung beendet.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

Anlage

27.09.2023/17.10.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Gute Energiepreise - gute Industrie: Industriestrom muss wieder bezahlbar werden!
Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 18/4572

am Freitag, dem 8. September 2023
10.00 bis (max.) 12.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Vestolit GmbH Martin Trennhaus Marl	Martin Trennhaus	18/748
IGBCE Landesbezirk Nordrhein Ömer Kirli Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	18/742
IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V. Dr. Matthias Mainz Düsseldorf	Raphael Jonas	18/
Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e. V. Thomas Mock Köln	Thomas Mock	18/750

Weitere Stellungnahme/n: